

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Bundesbank - Deutsch-sowjetische
Zusammenarbeit - OECD-Exportkredite - IWF-Jahrestagung
- Weltbank**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Bundesbank - Deutsch-sowjetische Zusammenarbeit - OECD-Exportkredite - IWF-Jahrestagung - Weltbank, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 10, pp. 473-474

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135606>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank Deutliches Signal

Nun endlich gab die Bundesbank das lang erwartete deutliche Signal für eine Lockerung ihrer Politik: Sie senkte den Sonderlombardsatz um einen Prozentpunkt. Diese Lockerung ist auf zwei Gründe zurückzuführen. Erstens hat sich das außenwirtschaftliche Umfeld gewandelt: Selbst die Bundesbank wurde in der letzten Zeit nicht müde, auf den rege voranschreitenden Abbau des Leistungsbilanzdefizits hinzuweisen. Zudem wird – wegen der weltweiten Ölschwemme, des erneut schwächeren Dollars und nicht zuletzt des Realignments im EWS – derzeit nicht mehr Inflation, sondern Stabilität importiert. Zweitens begann sich auch die binnenwirtschaftliche Szene zu ändern: Die Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank vom Frühjahr greifen immer stärker. Das monetäre Wachstum verlangsamte sich zusehends. Die Zentralbankgeldmenge bewegt sich im unteren Bereich des Zielkorridors. Hätte die Bundesbank jetzt nicht ihren harten Griff gelöst, hätte die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge den mit 4 % angesetzten unteren Rand des Korridors durchstoßen. Dies aber entsprach wohl kaum der Intention der Bundesbank. Noch weniger paßte es in die veränderte Landschaft.

Deshalb war sie schon seit einigen Wochen dabei, eine monetäre Lockerung einzuleiten. Unauffällig und in fein abgewogener Dosierung stellte sie Liquidität bereit – mit Hilfe der nahezu lautlosen Offenmarktpolitik: mit Devisenswaps und Wertpapierpensionsgeschäften. Damit induzierte sie bereits eine – wenn auch mäßige – Zinssenkung am Geldmarkt. Eine weitere monetäre Entspannung hätte sie auch auf diese Weise herbeführen können. Daß sie sich nicht allein darauf verließ, zeigt, daß sie nun ein Signal setzen wollte. gm

Deutsch-sowjetische Zusammenarbeit Neues Großprojekt?

Die 10. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission wurde von den Sowjets zum Anlaß genommen, Zuversicht zu verbreiten. Sie wiesen auf das

praktisch schon abgeschlossene Erdgas-Röhren-Geschäft und auf die Aussichten für künftige Großprojekte hin. Nach sowjetischen Angaben wird zur Zeit über zehn überwiegend im Energiesektor angesiedelte Großprojekte verhandelt. Die Sowjetunion hat insbesondere wiederholt ihr Interesse an einem Gemeinschaftsprojekt zur Veredelung der Kohle von Kans-Acinsk (Zentralsibirien) bekundet.

Während im Westen die Brennstoffversorgung der Sowjetunion hauptsächlich im Licht der Ölförderzahlen diskutiert worden ist, hat man die katastrophale Lage der Kohleindustrie völlig übersehen. Seit 1974 ist es nicht mehr gelungen, die vom Plan geforderte Kohleförderung zu realisieren. Obwohl Förderzuwächse eingeplant wurden, ist die Kohleförderung seit 1978 sogar rückläufig. Laut Plan sollte jedoch die Kohleförderung bis 1985 um 54-57 Mill. t steigen.

Die sowjetischen Hoffnungen richten sich u. a. auf die Braunkohle in Kans-Acinsk, die billig im Tagebau gefördert wird und schnelle Förderzuwächse erlaubt. Diese an sich guten Aussichten werden jedoch durch die hohen Transportkosten gemindert. Bereits bei einer Strecke von 350 km wird der Transport genauso teuer wie die Förderung; die Entfernung zu den sowjetischen Industriezentren beträgt aber 3000 km und mehr; daher das Vorhaben, die Braunkohle an Ort und Stelle zu veredeln. Wie immens die zu erbauende Anlage sein soll, wird ersichtlich, wenn man bedenkt, daß langfristig eine Jahresförderung von 1 Mrd. t für möglich gehalten wird. Sollte sich ein akzeptabler Rahmen für die Zusammenarbeit an diesem Projekt finden, dann könnten die Ausmaße dieses Projekts die des Erdgas-Röhren-Geschäfts noch übertreffen. Freilich würden auch die mit solchen Kooperationen verbundenen Abhängigkeiten zunehmen. bö

OECD-Exportkredite Gefahr gebannt

Nach mehr als einjährigen Verhandlungen scheinen endlich Fortschritte bei der überfälligen Reform des OECD-Konsensus über Mindestzinssätze und Höchstlaufzeiten für öffentlich geförderte Exportkredite erzielt worden zu sein. Unter dem Eindruck wachsender Diskrepanzen zu den Marktzinsen und der daraus resultie-

renden Budgetbelastung hatten Mitte 1980 die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels von Venedig beschlossen, bis Dezember letzten Jahres eine neue Zinsstruktur auszuhandeln. Dies erwies sich jedoch als frommer Wunsch, da insbesondere die französische Regierung nicht bereit war, die Mindestzinssätze nennenswert zu erhöhen. Erst der Machtwechsel in Frankreich ermöglichte es der EG, zu einer einheitlichen Verhandlungsposition zu gelangen, die von den meisten anderen Beteiligten des Konsensus auch als kompromißfähig anerkannt wurde. So einigte man sich schließlich unter Vorbehalt – die Delegation der EG und die der USA sind über das ihnen erteilte Verhandlungsmandat hinausgegangen – darauf, die nach dem Entwicklungsstand der Importländer gestaffelte Zinsstruktur von bisher 7,5 bis 8,75 % auf zukünftig 10 bis 11,25 % anzuheben.

Der Kompromiß hat allerdings einen Schönheitsfehler: Japan nimmt nicht an ihm teil. Doch sind die Differenzen nicht so groß, daß eine baldige Lösung ausgeschlossen erscheint. Zuletzt lagen die Mindestzinsvorstellungen Japans und der übrigen 21 Länder nur noch um 0,25 Prozentpunkte auseinander. Dabei besteht Einigkeit darüber, daß Japan wegen des niedrigeren Marktzinzniveaus – die Prime Rate für langfristige Kapitalanlagen beträgt in Japan derzeit 8,5 % – eine Sonderstellung zugebilligt werden muß. In jedem Fall scheint die Gefahr eines eskalierenden Exportkreditkriegs vorerst gebannt zu sein. ko

IWF-Jahrestagung

Unbefriedigender Verlauf

Die Themen der diesjährigen gemeinsamen Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank waren durch die sich weltweit verschärfenden Zahlungsbilanzprobleme ihrer Mitglieder vorgezeichnet, wobei die Finanzierungspolitik gegenüber Entwicklungsländern im Mittelpunkt der Diskussion stand.

Hier zeichnet sich eine Wende dahingehend ab, daß insbesondere Vertreter der USA eine stärkere Betonung der Konditionalität bei der Vergabe von Fondsmitteln fordern und eine größere Eigeninitiative der Entwicklungsländer angestrebt wird. Dabei wird übersehen, daß gerade die ärmsten dieser Länder in dieser Hinsicht kaum Handlungsspielraum besitzen. Im Interesse einer Entlastung der stark beanspruchten internationalen Finanzmärkte wäre es zudem bedauerlich, wenn infolge einer politischen Neuorientierung die Bedeutung gerade des Fonds bei der Zahlungsbilanzfinanzierung abnehmen würde. Sie ist, gemessen an der

Höhe der benötigten Mittel, ohnehin schon verschwindend gering.

Der Verlauf dieser Tagung erscheint noch unbefriedigender, ruft man sich die eigentliche Funktion des Fonds als Hüter des Weltwährungsgefüges in Erinnerung. Weder die Probleme des bestehenden Multireservewährungssystems noch die zum Teil daraus resultierenden fortdauernden Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten fanden ihren Niederschlag in den Gesprächen. Auch die neuerdings in den Vereinigten Staaten erörterte Rückkehr zum Goldstandard wurde nur am Rande der Konferenz gestreift. re

Weltbank

Mobilisierung privater Mittel

Die „Jungfernrede“ des neuen Weltbankpräsidenten Clausen anläßlich der gemeinsamen Jahrestagung der Weltbank und des IWF umriß drei Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Energie und die afrikanischen Länder südlich der Sahara.

Dieser Prioritätenkatalog enthält freilich keine großen Neuigkeiten. Interessanter ist schon der Hinweis Clausens auf die besondere Bedeutung des Privatsektors – sowohl als Empfänger als auch als Geber von Krediten. Auch die großen Probleme der armen Länder südlich der Sahara ließen sich seines Erachtens besser durch eine liberalere Marktordnung lösen.

Mit diesen Vorstellungen scheint der neue Weltbankpräsident den Wünschen der amerikanischen Regierung entgegenzukommen. Clausen meint offensichtlich, mit einer stärkeren Mobilisierung privater Mittel, die vornehmlich von der Weltbanktochter IFC an die Privatwirtschaft in Entwicklungsländern vergeben werden sollen, einen Weg aus seinen finanziellen Problemen gefunden zu haben. Denn die Weltbank tut sich immer schwerer, für sich und ihre Töchter die erforderlichen öffentlichen Mittel aufzutreiben. Die 6. Auffüllung der IDA ließ sich jüngst erst nach zähen und kontroversen Diskussionen durch eine Streckung des amerikanischen Beitrags verwirklichen, und nach wie vor ist offen, ob eine verstärkte Finanzierung von Energieprojekten in die Tat umgesetzt werden kann. Nach dieser Konferenz dürfte zwar die Bereitschaft der USA gewachsen sein, die Weltbank wieder stärker zu stützen. Ob aber durch diese Akzentverschiebung von der IDA zur IFC die Ärmsten der Armen in der Dritten Welt profitieren werden, erscheint zweifelhaft. scha